

SUBVENTIONEN, DIE DEN KLIMAZIELEN WIDERSPRECHEN



Ein schon am 29.2. in der Badischen Zeitung (BZ) erschienenenes Interview mit dem Nachhaltigkeitsexperten Kai Niebert von der Universität Zürich ist zu Unrecht kaum beachtet worden. Wir möchten hier noch einmal drauf aufmerksam machen und das Interview zur Lektüre empfehlen. Es beschäftigt sich mit Zukunftsfragen in Bezug auf eine möglicherweise notwendige Verkehrswende, mit denen wir uns auch bei FL beschäftigen.

Einer der Kerne des Interviews ist der folgende Aspekt:

“Der deutsche Staat gibt schon heute jährlich 28 Milliarden Euro an

Subventionen aus, die den Umwelt- und Klimazielen widersprechen und sozial fragwürdig sind. Dazu gehören Steuervergünstigungen für Flüge, Pendlerpauschale, Dienstwagenprivileg oder Dieselsubventionen. Der gesamte öffentliche Verkehr in Deutschland kostet hingegen nur zwölf Milliarden Euro. Rund sechs Milliarden Euro im Jahr steuern die Nutzer bei, die andere Hälfte trägt die öffentliche Hand. Würde man die Dieselsubventionen und die Pendlerpauschale abschaffen, hätte man zwölf Milliarden Euro im Jahr zur Verfügung. Nimmt man sechs davon, könnte man den öffentlichen Verkehr kostenlos gestalten. Weitere sechs Milliarden wären für Investitionen übrig“.

Niebert

hält in dem BZ-Interview grundsätzlich auch einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr in Deutschland für möglich. Luxemburg hat dies gerade realisiert, was auch Anlass für das Interview der BZ mit dem Nachhaltigkeitsexperten war. Dies müsste aber, so Niebert, „zusätzliche Investitionen in Elektrobusse, neue Gleise, mehr Züge und Trams“ zur Folge haben, was angesichts der derzeit existierenden Investitionsstaus schwierig würde.

Siehe das ganze Interview in der BZ unter: <https://www.badische-zeitung.de/nachhaltigkeitsexperte-haelt-kostenlosen-nahverkehr-in-deutschland-fuer-moeglich-183279246.html>

Engagierte Bürger in den Gemeinderat

Freiburg Lebenswert



Gegen eine Überlastung der
Verkehrsinfrastruktur

ANPASSUNG DER TARIFE IM REGIO-

VERKEHRSVERBUND

Azum Thema „ÖPNV: Anpassung der Tarife im Regio-Verkehrsverbund Freiburg RVF“ (Drucksache G-19/098) hat unsere Stadträtin und FL-Spitzenkandidatin Gerlinde Schrempp für die Fraktionsgemeinschaft FL/FF am 7. Mai 2019 im Gemeinderat folgende Rede gehalten.

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,*

*meine Fraktion Freiburg Lebenswert/Für Freiburg nimmt die Vorschläge zur Anpassung der Tarife
im Regio-Verkehrsverbund zur Kenntnis und befürwortet diese Anpassungen.*

Die VAG mit all ihren Mitarbeitern, aber auch die verschiedenen Busunternehmungen machen eine ganz hervorragende Arbeit, häufig unter extrem schwierigen Bedingungen, wie wir es alle fast täglich beobachten können.

Bekanntermaßen ist eine Anhebung der Tarife nur möglich, wenn der Nachweis der Erforderlichkeit erbracht ist. Und das ist geschehen, die Tarife werden maximal in der Höhe der jährlichen ÖPNV-spezifischen Inflationsrate angepasst.

Dass die Stadt Freiburg gar nicht alleine über die Preise entscheiden kann, wurde schon mehrfach dargelegt, der Zweckverband ZRF mit den beiden beteiligten Landkreisen und der Stadt Freiburg entscheidet darüber.



Stadträtin Gerlinde Schrempp (FL)

Wir alle hier wissen um die finanzielle Situation der VAG. Die Erhöhung ist mehr als moderat und kann nichts weiter bewirken, als den Status quo zu

erhalten. Auch wenn das hier von manchen Mitgliedern des Gemeinderates nicht gerne gehört wird, verweise ich dennoch darauf, dass wir mit diesen Preisanpassungen weit unter den Preisen der benachbarten Verkehrsverbände liegen, sowohl in Baden-Württemberg, als auch im ganzen Bundesgebiet. In ganz vielen Fällen kosten unsere Regio-Karten nicht einmal die Hälfte dessen, was bei den angesprochenen anderen Verbänden bezahlt werden muss. Dazu gehören auch die Schülerkarten! (Ich verweise auf Offenburg, Tübingen, Mannheim.)

Und, meine Damen und Herren, genau das wissen viele Freiburger Bürgerinnen und Bürger und die, die es noch nicht wissen, sehen nach der entsprechenden Information diese Preisanpassung als absolut gerechtfertigt an. Das habe ich in vielen Gesprächen immer wieder erlebt. Sie, die Gegner dieser Preiserhöhungen würden das auch erleben, wenn Sie denn einmal diese Diskussionen mit den Menschen führen würden. Dass wir unabhängig von der jetzt angedachten Preiserhöhung über eine City-Karte neben der bestehenden Regio-Karte nachdenken müssen, halten auch wir für angebracht. Menschen in schwierigen wirtschaftlichen Lagen haben wir mit dem Sozialticket geholfen und das soll auch weiterhin so funktionieren.

Gerade jetzt in der Wahlkampfzeit wird von vielen Kollegen hier im Haus immer wieder über den weiteren Ausbau des Straßenbahnnetzes gesprochen, obwohl in den entsprechenden Klausursitzungen klar und deutlich die tatsächlichen Möglichkeiten unseres Verkehrsverbundes dargelegt wurden. Ich halte das nicht für hilfreich.

Auch der Vorschlag eines kostenlosen ÖPNV geht in diese Richtung. Danke an den Kollegen Sims für seine Ausführungen zu einer solchen Maßnahme. Es wäre wirklich schön, den ÖPNV kostenlos nutzen zu können, das findet auch meine Fraktion. Aber dazu müssen in Berlin und in Stuttgart die Voraussetzungen geschaffen werden und vor allem muss das dazu notwendige Geld fließen.

Von unserer Fraktion klare Unterstützung der moderaten Preisanpassungsvorschläge.